

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbüra

Wochenspr.: Monatl. d. Post M. 120 einchl. 18 J. Beförd.-Geb. 20 J. Zustellungsgeb.; d. Ag. Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig. Text- millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabschluss Nachlass nach Preisliste. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 277

Altensteig, Mittwoch, den 27. November 1935

58. Jahrgang

Dr. Göbbels übergibt Bücherereien den Arbeitern an den Reichsbahn

Berlin, 26. Nov. Reichsminister Dr. Göbbels empfing am Dienstag mittag 30 Arbeiter an der Reichsbahn aus allen Teilen Deutschlands, um ihnen 30 Wanderbücherereien zu übergeben, die auf seine Veranlassung von der Reichschrifttumstelle zusammengestellt wurden und nun in 30 besonders abgelegenen Lagern der Reichsbahnen umlaufen sollen. In einer Ansprache wies der Minister darauf hin, daß alle Schwierigkeiten, die bei der Inangriffnahme des ganz neuartigen und großartigen Unternehmens des Baues der Reichsbahnen sich herausstellen mußten, nicht von Anfang an zu übersehen gewesen seien. Trotzdem sei der Plan mit derselben mutigen Initiative begonnen worden, mit der der Nationalsozialismus jede Arbeit anzupackende pflege. Die Arbeiter hätten dadurch, daß sie Familie, Wohnung und häusliches Leben im Dienste ihres Wertes verlassen müßten, große Opfer gebracht. Der nationalsozialistische Staat habe sich daher verpflichtet gefühlt, nachdem ihm gewisse Mängel in der Unterbringung und Verpflegung zu Ohren gekommen seien, für die Erstellung würdiger Arbeitslager und für ausreichende und gute Verpflegung zu sorgen und darüber hinaus durch Aufstellung von Rundfunkgeräten, Vermittlung von Vereinen, Theatern und Filmen auch den kulturellen Bedürfnissen zu genügen. Aber auch als Einzelmenschen hätten die Arbeiter das Recht auf geistige Anforde und dazu sollten die Bücherereien dienen, die er hiermit übergebe.

Die Arbeiterabteilungen hätten jetzt Gelegenheit gehabt, die Reichshauptstadt zu sehen und festzustellen, wie ungeheuer sich Berlin gewandelt habe, seitdem der Einzug des Judentums gebrochen sei. Berlin sei eine heilige und betriebsame Stadt. Der Berliner, den Dr. Göbbels ja bei seinem Kampf um Berlin mit allen seinen Tugenden und Schwächen kennengelernt habe, sei besser als sein Ruf. Wenn die Arbeiter nunmehr in ihre Lager zurückkehren, sollten sie Sendboten der kulturellen Sendung des Nationalsozialismus sein und ihren Kameraden erzählen, daß die nationalsozialistische Regierung sich stets um ihr Wohl bekümmere. Sie arbeiteten am modernsten Werk des Nationalsozialismus. In Jahrzehnten würden diese Bauten noch stehen und das Andenken an die Arbeiter, die dieses Werk mit ihrer Hände Arbeit geschaffen haben, unvergänglich machen.

Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, dankte Dr. Göbbels namens der Arbeiter für alle Hilfe und gab dem Wünsche der Arbeiter Ausdruck, daß der Minister bei gelegentlicher einer Aufführung der von ihm ins Leben gerufenen Wandertheater für die Arbeitlager besuchen würde. Dr. Göbbels sagte einen solchen Besuch noch für diesen Winter zu.

England für Wenderung der Völkerbundssatzung?

Paris, 26. Nov. Die Außenministerin des „Deure“ will auf Grund von Unterredungen, die sie vor kurzem mit einflussreichen englischen Persönlichkeiten in London hatte, die Gewißheit gewonnen haben, daß die englische Regierung sofort nach Beilegung des italienisch-abisinischen Streifens eine grundlegende Wenderung der Völkerbundssatzung vorschlagen werde. Diese Abänderung würde sich so auswirken, daß England in Zukunft in Fällen, in denen die Regeln der Kollektivsicherheit es in einen europäischen Krieg hineinziehen könnten, nur noch in ganz geringem Maße daran beteiligt sein würde. Es sei außerdem vorzuziehen, daß das kommende Jahr nicht vorübergehe, ohne daß die englische Regierung, um Deutschland den Wiedereintritt in den Völkerbund zu ermöglichen, die von der Reichsregierung geforderten grundsätzlichen Abänderungen vorschlagen werde, von denen sie bisher nicht gewagt habe zu sprechen. Es handle sich um Artikel 16 des Völkerbundspaktes, wobei England unter gewissen Bedingungen eine Art Versprechen abgeben werde, auf die Anwendung militärischer Sühnemahnahmen in Durchführung dieses Artikels zu verzichten, oder besser gesagt verspreche, die Anwendung solcher Maßnahmen von einer vorzeitigen Beratung der großen europäischen Mächte abhängig zu machen. Engländerseits sei man der Ansicht, daß Frankreich zwar gegen eine derartige Wenderung protestieren werde, daß es sich aber angesichts seiner Haltung im italienisch-abisinischen Streifenfall nicht werde verhindern können.

Der Ausstand in der polnischen Schwerindustrie

Kattowiz, 26. Nov. Am Dienstag morgen, dem zweiten Tag des Ausstandes in der polnischen Schwerindustrie, war eindeutig zu erkennen, daß die Streikbewegung im Abbröckeln begriffen ist. In der Nachmittags- und der Dienstagmorgens-Schicht streikten nur noch 45 Prozent der gesamten Grubenbelegschaften Ostoberschlesiens gegenüber 80 v. H. in der Montagmorgens-Schicht. Auch in der ostoberschlesischen Hüttenindustrie hat die Streikbeteiligung eine fühlbare Verminderung erfahren. Die Haltung der Arbeiterschaft ist nach wie vor uneinheitlich.

Die Rundfunkrede Lavals

Er gab dem Wünsche zu guten nachbarlichen Beziehungen zu Deutschland Ausdruck

Paris, 26. November. In einer über sämtliche französischen Sender verbreiteten Rundfunksprache, die etwa 20 Minuten dauerte, behandelte Ministerpräsident Laval am Dienstagabend die inner- und außenpolitische Lage. Er sprach bei dieser Gelegenheit die Hoffnung aus, daß zwischen Deutschland und Frankreich gute nachbarliche Beziehungen unter gegenseitiger Achtung zu handkommen müßten.

Der erste Teil der Rundfunkrede war ein Rechenschaftsbericht über die Betätigung des Kabinetts Laval im Rahmen des Auftrages vom 7. 6. 1935, der dahin lautete, den Franken zu verteidigen und die Spekulation zu schlagen. Mit 324 gegen 160 Stimmen, so führte Laval aus, habe die Kammer dem Kabinet Laval das Ermächtigungsgesetz zugestanden.

Laval schilderte dann die Auswirkungen seiner zahlreichen Notverordnungen. Eine neue Abwertung des Franken sei abzulehnen. Die Regierung werde nicht zulassen, daß durch Schwächung der Regierungsgewalt über eine schleichende Krise das gleiche Ergebnis erzielt werde.

Zur Innenpolitik betonte Laval, daß die, die für die Ordnung und Sicherheit verantwortlich seien, auch die Wahrung der republikanischen Einrichtungen übernehmen. Keine Partei habe das Recht, ihre Autorität an die Stelle der Autorität des Staates zu setzen. Nur in der nationalen Ausöhnung liege das Heil.

Als Außenminister habe er nur ein Ziel: der französischen Heimat den Frieden zu bewahren. Seine Aufgabe werde leichter zu erfüllen sein, wenn Frankreich stark bleibe, wenn seine Finanzen gesund und seine Stimmung gut sei. Die internationale Lage mahne zur Vorsicht. Neben der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Großbritannien habe Frankreich die Freundschaft mit Italien, wahren müssen, die er selbst am 7. Januar dieses Jahres in Rom besiegelt habe. So habe die französische Politik alle militärischen Sühnemahnahmen sowie alle Maßnahmen gegen Italien abgelehnt, die zu einer Blockade zur See hätten führen können. Die Schließung des Suezkanals sei niemals ins Auge gefaßt worden. Er habe das Gefühl, auf diese Weise den Belangen Frankreichs und des Friedens gebietet zu haben.

Laval äußerte sich dann optimistisch über die Möglichkeit einer Beilegung des italienisch-abisinischen Streites. Er hoffe, daß man im gegebenen Augenblick nicht vergeblich den Versöhnungsgeist Mussolinis anrufen werde. Frankreich werde dann das Werk wieder aufnehmen können, das in Strefa begonnen, so hoffnungsvoll gewesen sei.

Frankreich sei dem Grundgedanke der kollektiven Sicherheit treu geblieben. Es habe das bei allen seinen diplomatischen Unternehmungen bewiesen. Es sei namentlich der französisch-sowjetrussische Pakt gegen kein Land gerichtet. Diese Versicherung habe der französische Botschafter in Berlin neuerlich dem Reichskanzler gegeben.

Frankreich verzichte auf keine seiner Freundschaften. Es achte alle seine Verpflichtungen. In Verfolg der Festigung des europäischen Friedens lasse es die Mithilfe aller und es wüusche aufrichtig, gutnachbarliche Beziehungen gegenseitiger Achtung mit Deutschland herzustellen und zu fördern. Das starke, wahrsame, friedliche Frankreich habe nichts zu fürchten.

Zum Schluß erklärte Ministerpräsident Laval, als er die Regierung übernommen habe, habe er gewußt, daß er eine schwere Verantwortung auf sich nehme. Er sei bereit, diese Verantwortung noch weiter zu tragen. Aber die Regierung müsse ihre Autorität behalten. Frankreich würde sich nicht selbst aufgeben. Es habe schlimmere Schwierigkeiten gekannt.

Sechshannung in Frankreich

Futischgerüchte rechts und links

Paris, 26. Nov. Das „Deure“ kündigt — allerdings mit einem Fragezeichen — einen Staatsstreich der Feuerkreuzler für Donnerstag, dem Tag des Kammerzusammentritts, an. Der Führer der Feuerkreuzbewegung, Oberst de la Rocque, der oft genug auf die bevorstehende Stunde der Entscheidung hingewiesen habe, könne diesmal wahrscheinlich das Drängen seiner Anhänger, besonders eines Teiles der Unterführer, nicht mehr dämpfen. Der Angriffsplan gliedere sich in: Erkämpfung des Parlaments, der Verwaltungszentren, der Ministerien und der Gebäude der großen republikanischen Einseitigkeiten. In den ersten Stunden des Gewaltstreiches würden zahlreiche Einrichtungen vollzogen werden. (1) Viele Namen würden bereits genannt. So händen z. B. sämtliche ehemaligen radikalsozialistischen Minister auf den schwarzen Listen, ebenfalls gewisse höhere Beamte der verschiedenen Ministerien und der Polizei.

Im Gegensatz dazu stehen die Ausführungen des rechtsgerichteten „Cour“, der behauptet, daß in sämtlichen um Paris liegenden Vororten und Gemeinden, d. h. in dem sogenannten roten Gürtel, unter dem Vorwand, die demokratische Freiheit zu verteidigen, überall bewaffnete Selbstschutzeinheiten der Roten Volkfront gebildet worden seien, die in den Bürgermeistereien oder in den Gemeinderäten in Bereitschaft liegen sollen. Auch die sogenannte Rote Feuerwehr habe persönliche Einberufungen erhalten und stehe zur Verfügung der Bürgermeister. Überall seien die Sirenen und Kanonenschläge bereit, die die „Verteidiger der Republik“ zusammenzurufen sollen.

Zum Kommunistentenaufstand in Brasilien

Luftschiff „Graf Zeppelin“ kann nicht landen - Belagerungszustand über das ganze Land

Rio de Janeiro, 26. Nov. Nach amtlichen Mitteilungen sind die Zustände in Pernambuco und Natal unbedingt als kommunistische Putsch anzusehen. So ferner in Vera und in Macelo in der letzten Zeit Putschpläne zur Kenntnis der Behörden gekommen sind und ferner geheime Munitionslager entdeckt wurden, nimmt man an, daß die Kommunisten auch in anderen Staaten Aufstände planten, die aber wegen der dort sofort getroffenen Vorkehrungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden konnten.

Im Staat Pernambuco belegten meuternde Soldaten des 29. Jägerbataillons mit Hilfe kommunistischer Massen die Stadt Olinda, die aber bald von Regierungstruppen wieder erobert werden konnte. Die Aufständischen zogen sich in die Klöster zurück, aus denen sie den letzten Nachrichten zufolge ebenfalls wieder vertrieben werden konnten. Da die Regierungstruppen auch durch Flugzeuge Verstärkungen erhalten, hofft man, den Ausstand hier bald niederzuschlagen zu können.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ konnte am Montag wegen Belegung des Flugplatzes durch Aufständische nicht in Pernambuco landen. Es übergab die Post am Montag nachmittag 4.30 Uhr in Macelo und freuzt gegenwärtig in Erwartung einer Landemöglichkeit.

In Natal ist die Lage ernst. Die Stadt befindet sich in Händen des aufständischen 21. Jägerbataillons. Alle Verbindungen des Staates Rio Grande do Norte mit dem übrigen Brasilien sind unterbrochen. Auch über das Schicksal des Staatsgouverneurs, der angeblich von den Aufständischen gefangen genommen wurde, hat man keine Nachricht. Das in Natal stationierte

Kondor-Flugzeuggeschwader befindet sich wahrscheinlich in den Händen der Aufständischen.

Das Bundesparlament hat am Montagabend beschlossen, den Belagerungszustand über ganz Brasilien zu verhängen und die Telegrammjur einzuführen. Gerüchte behaupten, daß der Ausstand von dem bekannten Kommunistenführer Luiz Carlos Prestes geleitet wird. Um eine Ausbreitung des Putsches zu verhindern, wurden in allen Hauptstädten die kommunistischen Häufelsführer verhaftet, unter ihnen in Pernambuco der Staatssekretär des Innern. Die Regierung betrachtet die Lage mit Ruhe und erklärt in Berichten, die Ordnung in kurzer Zeit wieder herzustellen und alle neuen Aufstandsversuche im Keime zu ersticken.

100 Tote

Rio de Janeiro, 26. Nov. Da seit Dienstag früh die Telekommunikation zwischen Bahia und Recife unterbrochen ist, sind keine weiteren Berichte über die Lage im Aufstandsgebiet eingetroffen. In amtlichen Kreisen ist man jedoch optimistisch über den Fortgang der Unterdrückung des Aufstandes in Recife, da inzwischen dort neun Bombenflugzeuge eingetroffen sind. Bisher soll die Zahl der Toten auf Seiten der Aufständischen 100 betragen.

Aus Natal sind keinerlei weitere Nachrichten eingetroffen. Gerüchweise wird behauptet, daß der vor einigen Monaten wegen eines kommunistischen Putsches aus dem Bundesheer ausgeworfene Sergeant Moons als zum revolutionären Gouverneur



